

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen
vom 13.04.2016 und vom 27.04.2016

- 3 Genehmigung von Dienstreisen
Vorlage: 16/SVV/0315
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West
Vorlage: 15/SVV/0891
Fraktion DIE LINKE

- 4.2 Städtische Veranstaltungsräume
Vorlage: 16/SVV/0224
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 5 Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1 Konzept Open Government Data
Vorlage: 16/SVV/0215
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

- 5.2 Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische
Schlösser und Gärten - Zwischenbericht
Vorlage: 16/SVV/0278
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

- 5.3 Investitionsplanung der EWP Sparte Wasser für das Jahr 2016
Vorlage: 16/SVV/0312
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

- 6 Vorstellung des Konzeptes "Stadt trifft Kirche"

- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 13.04.2016 und vom 27.04.2016

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder sowie stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Tagesordnungspunkt 4.1 - Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West DS 15/SVV/0891 wegen der fehlenden Voten der Fachausschüsse **zurückzustellen**.

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 36. Sitzung des Hauptausschusses vom 13.04.2016 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.04.2016 liegt noch nicht vor.

zu 3 Genehmigung von Dienstreisen

Vorlage: 16/SVV/0315

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Da kein weiterer Redebedarf besteht, wird sie anschließend zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die folgenden Dienstreisen der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Frau Birgit Müller werden gemäß § 7 der Entschädigungssatzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam genehmigt.

- 1. Einladung des Bundespräsidenten zur Veranstaltung anlässlich des Tages des Grundgesetzes „Gelebte Demokratie in den Kommunen“ am 23. Mai 2016 in Berlin.**
- 2. Einladung der Landtagspräsidentin zum Treffen der Vorsitzenden der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen am 27. Mai 2016 in Cottbus.**

3. **Genehmigung der Dienstreisen der Stellvertreter der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Claus Wartenberg und Herrn Klaus Rietz zur Veranstaltung anlässlich des Tages des Grundgesetzes „Gelebte Demokratie in den Kommunen“ am 23. Mai 2016 in Berlin auf Einladung des Bundespräsidenten.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- zu 4.1 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West**
Vorlage: 15/SVV/0891
Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

- zu 4.2 Städtische Veranstaltungsräume**
Vorlage: 16/SVV/0224
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, bestätigt den bestehenden Mangel und sagt zu, diesen durch die Verwaltung schnellstmögliche zu beheben.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, welche Veranstaltungsräume aufgelistet werden sollen, entgegnet Herr Schüler, dass es Intention des Antrages sei, alle verfügbaren Veranstaltungsräume, sowohl der Landeshauptstadt Potsdam als auch Räume Dritter, auf der Website aufzulisten.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Auflistung der Veranstaltungsräume in Potsdam auf der Internetseite der Stadt (<http://www.potsdam.de/content/veranstaltungsraeume-potsdam>) zu vervollständigen, zu aktualisieren und zukünftig auf dem Laufenden zu halten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

- zu 5.1 Konzept Open Government Data**
Vorlage: 16/SVV/0215
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Herr Dr. Andersen, Fachbereichsleiter Steuerung und Innovation, erklärt anhand einer Präsentation (der Niederschrift als Anlage beigefügt), dass Rohdaten, die ohnehin durch die Verwaltung erhoben werden würden, für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen, wie z. B. Geodaten, Wetterdaten oder Bevölkerungsstatistiken.

Herr Dr. Scharfenberg äußert sich positiv über das Konzept, weist aber auch darauf hin, dass es sich hierbei um eine Mitteilungsvorlage handele. Er schlägt vor, die Grundsätze des Open-Data-Konzeptes auf Seite 30 als Beschlussvorlage in die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Er empfiehlt die Zustimmung unter der Prämisse einer zielgerichteten Umsetzung.

Herr Exner bestätigt, dass die Grundsätze und Leitlinien zur Beschlussvorlage aufbereitet werden können, allerdings würden für die Digitalisierung der Verwaltung größere finanzielle Mittel benötigt werden. Er biete an, einen aufbereiteten Beschlussvorschlag zusammen mit der Haushaltplanung 2017 in die November- bzw. Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung einzubringen.

Herr Dr. Scharfenberg hinterfragt, warum so lange mit der Beschlussfassung gewartet werden soll, da die Mitteilungsvorlage bereits in der Beschlussform vorliege und bittet um Vorlage in der Junisitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Herr Schüler spricht sich für den Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg aus und schlägt vor, die Vorlage mit den finanziellen Auswirkungen in einem Maßnahmen-/Realisierungsplan zu erweitern.

Auf Nachfrage von Herrn Hohloch, wie die interessanten Datenbestände für die Öffentlichkeit gefiltert werden könnten, verweist Herr Dr. Andersen auf eine Steuerung durch eine dauerhafte Projektgruppe und die Einbeziehung der Bevölkerung.

Herr Schubert unterstützt den Vorschlag, die Vorlage um einen konkreteren Umsetzungsplan zu erweitern und schlägt als neuen Termin die Julisitzung der Stadtverordnetenversammlung vor.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Beschluss noch vor der Sommerpause einzubringen und das Konzept mit detaillierten Maßnahmen zu untersetzen. Mit dem Haushaltplan 2017 solle ein ausführlicher Maßnahmenplan vorgestellt werden.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5.2 Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten - Zwischenbericht

Vorlage: 16/SVV/0278

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und informiert darüber, dass in der als Tischvorlage ausgereichten überarbeiteten Fassung die Anregungen aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses aufgenommen wurden.

Herr Schüler bestätigt die Aufnahme zahlreicher Vorschläge in den Fragebogen. Trotzdem sehe er noch zwei Probleme: Zum einen müsse die Frage nach dem Parkeintritt mit dem Hinweis verknüpft werden, dass im Falle eines Ausbleibens des Eintrittes jährlich ein größerer Betrag aus den Haushaltsmitteln der Landeshauptstadt Potsdam an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) zu zahlen wäre, der an anderer Stelle im Haushalt fehlen könnte.

Zum anderen werde nach Nutzungsmöglichkeiten gefragt, die im Park generell unzulässig sind. Besser wäre es zu fragen, welche Nutzungsmöglichkeiten in

Potsdam fehlen bzw. nicht ausreichend vorhanden seien und die Frage der Nutzungsmöglichkeiten in den Parks der Stiftung überlasse.

Herr Wollenberg fügt hinzu, dass bei der Frage nach den Nutzungsmöglichkeiten ergänzt werden müsse, warum diese Frage gestellt werde, obwohl die Landeshauptstadt Potsdam gar keinen Einfluss darauf habe.

Herr Finken spricht sich für den Vorschlag von Herrn Schüler aus, auf die Notwendigkeit einer anderweitigen Finanzierung bei der Ablehnung des Parkeintrittes hinzuweisen, währenddessen Herr Kirsch die Meinung vertritt, dass die Stadt sich in Vorgänge einmische, für die sie keine Kompetenzen habe.

Herr Krämer bittet darum, die jährlichen Förderungen die Stiftung vom Land Berlin und vom Land Brandenburg in dem Anschreiben zum Fragenbogen aufzunehmen.

Aufgrund der neuen Änderungswünsche schlägt der Oberbürgermeister vor, dass diese schriftlich eingereicht und in der Hauptausschusssitzung am 25.05.2016 einzeln abgestimmt werden.

Herr Jetschmanegg erklärt, dass dieses Verfahren eine Verzögerung der Terminalschiene zur Folge habe. Des Weiteren führt er aus, dass der Fragebogen und seine Antworten für die Verhandlungen zur Verlängerung des Kooperationsvertrages zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der SPSG genutzt werden können. Da der Kooperationsvertrag noch bis Ende 2018 läuft, sieht der Oberbürgermeister keine Gefahr in der Verzögerung der Terminalschiene.

Abschließend stellt der Oberbürgermeister das von ihm vorgeschlagene Verfahren zur Abstimmung. Dies wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 5.3 Investitionsplanung der EWP Sparte Wasser für das Jahr 2016

Vorlage: 16/SVV/0312

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob die Investitionsplanungen Auswirkungen auf die Trink- und Abwasserpreise haben. Dies wird durch den Oberbürgermeister verneint.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Vorstellung des Konzeptes "Stadt trifft Kirche"

Frau Dr. Sommer, Bereichsleiterin Marketing, stellt das Konzept „Stadt trifft Kirche“ anhand einer Präsentation vor, die der Niederschrift als Anlage beigelegt wird.

Herr Szilleweit erfragt, wer das Motto ausgewählt habe und ob es einen entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gebe. Daraufhin teilt der Oberbürgermeister mit, dass das Motto nicht durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werde und er selbst und die Verwaltung für die Auswahl verantwortlich seien.

Herr Schultheiß lobt das Konzept ausdrücklich und stellt dar, dass es viele Interaktionsmöglichkeiten gebe. Herr Fröhlich betont, dass die Themen Religionsfreiheit und -vielfalt ebenfalls in die Planung aufgenommen werden sollen.

Er, so der Oberbürgermeister nehme gerne Vorschläge für Veranstaltungen entgegen und schlägt im Weiteren vor, die Auswirkungen des Geistes des Protestantismus auf die gesellschaftliche Entwicklung (nach Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus) aufzuzeigen.

zu 7 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem weiteren Verfahren zum Umgang mit der Großen Anfrage der Fraktion DIE aNDERE. Er, so der Oberbürgermeister, möchte hierzu keine Diskussion eröffnen, da die Große Anfrage auf der Tagesordnung der Julisitzung der Stadtverordnetenversammlung stehen werde. Daraufhin beantragt Herr Dr. Scharfenberg, die Verständigung zum Umgang mit der Großen Anfrage in die Tagesordnung für die Hauptausschusssitzung am 25.05.2016 aufzunehmen.

Weiterhin möchte Herr Dr. Scharfenberg in Erfahrung bringen, ob es in Bezug auf die Zweckentfremdungsverbotsverordnung schon Neuigkeiten gebe. Darauf teilt der Oberbürgermeister mit, dass er dies in der nächsten Sitzung des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes ansprechen werde.

Auf die Frage Nachfrage zum Leitbautenkonzept verweist der Oberbürgermeister auf die Fachausschüsse. Wenn diese ihr Votum abgegeben haben, werde das Konzept im Hauptausschuss beraten.

Frau Dr. Müller hinterfragt den aktuellen Stand zum Auswahlverfahren der Beigeordneten. Der Oberbürgermeister antwortet, dass am 30.05.2016 ein Termin mit den Fraktionsvorsitzenden geplant sei, um über das weitere Verfahren zu informieren. Ziel sei es, in der Julisitzung ein Ergebnis herbeizuführen.